

NACHRICHTEN

Zypern sperrt Konten

NIKOSIA: Zypern hat mehrere Bankkonten gesperrt, die mit Jugoslawiens Ex-Präsident Slobodan Milosevic in Verbindung gebracht werden. Die Regierung der Mittelmeerinsel folgte damit gestern einer Bitte der Chefanklägerin des UNO-Kriegsverbrechertribunals für Ex-Jugoslawien, Carla del Ponte. Del Ponte hatte Zypern am vergangenen Freitag im Rahmen einer Rundreise durch die Nachbarstaaten Jugoslawiens besucht. Kurz nach dem Machtwechsel in Jugoslawien hatte Nikosia bereits beschlossen, alle Konten des jugoslawischen Staates vorläufig zu blockieren. Nach Schätzungen des US-Finanzministeriums deponierten Milosevic-treue Geschäftsleute in den 90er Jahren umgerechnet über 8 Milliarden Franken in Banken auf Zypern.

Waffenlager der IRA inspiziert

BELFAST/LONDON: Zum zweiten Mal innerhalb von vier Monaten haben zwei unabhängige Inspektoren Waffenlager der nordirischen Untergrundorganisation IRA kontrolliert. Die Regionalregierung für Nordirland bestätigte am Donnerstag eine entsprechende Mitteilung der republikanischen IRA. Auch die beiden Kontrolleure - der frühere Generalsekretär des südafrikanischen ANC, Cyril Ramaphosa, sowie der einstige finnische Präsident Martti Ahtisaari bestätigten die Inspektion. Sie hatten Ende Juni erstmals Waffenlager der IRA in der Republik Irland kontrolliert und diese dann versiegelt.

Lückenhafte Holocaust-Dokumentation

ROM: Die Dokumentation des Vatikans zur Rolle des umstrittenen Papstes Pius XII. in der Zeit des Holocaust ist nach Darstellung internationaler Forscher lückenhaft. Vieles liege noch im Dunkeln, berichtete die italienische Zeitung «la Repubblica» gestern unter Berufung auf die Experten. Zugleich wurden neue Vorwürfe gegen Pius (1939-1958) laut, der selig gesprochen werden soll trotz heftiger Proteste vor allem aus Israel. Kritiker werfen ihm vor, zu den Judenmorden der Nazis geschwiegen zu haben.

Völkermordmahnmal in Srebrenica

SARAJEVO/BERN: In Potocari bei Srebrenica soll ein Völkermordmahnmal errichtet werden. Das entschied der internationale Bosnien-Beauftragte Wolfgang Petritsch, wie die Gesellschaft für bedrohte Völker gestern mitteilte. Dies sei der erste grosse Erfolg für die aus Ostbosnien vertriebenen Genozidopfer, schrieb die Organisation weiter. Petritsch hatte die Entscheidung am Mittwoch in Sarajevo bekannt gegeben.

Kämpfe zwischen Oppositionellen

Forderungen nach Wiederholung der Präsidentschaftswahl in Elfenbeinküste

ABIDJAN: Nach dem Sturz von Militärmachthaber Robert Guéi ist in Côte d'Ivoire ein neuer Machtkampf entbrannt. Die Wahlkommission bestätigte unterdessen den Sieg Laurent Gbagbos, der sich klar gegen Guéi durchgesetzt habe.

Bei Zusammenstößen und Strassenschlachten zwischen den Anhängern des neuen Präsidenten Gbagbo und des als Kandidat nicht zugelassenen Alassane Ouattara wurden am Donnerstag in Abidjan nach Angaben von Augenzeugen mindestens 36 Menschen getötet. Die Anhänger Gbagbos seien von Sicherheitskräften unterstützt worden.

Flucht in deutsche Botschaftsresidenz

Ouattara selbst flüchtete in das Haus der deutschen Botschafterin Karin Blumberger-Sauerteig. Diese sagte der Nachrichtenagentur Reuters, Ouattara sei in ihrer Residenz und dort fände ein wichtiges Gespräch statt. Sicherheitskräfte hatten zuvor das Feuer auf das Haus von Ouattara eröffnet. Offenbar sollte er festgenommen werden.

Die Wahlkommission teilte



Bei neuen Unruhen sind gestern mindestens 36 Menschen getötet worden. Sie sind durch Schüsse oder Schläge ums Leben gekommen. (Bild: Keystone)

am Donnerstag im staatlichen Fernsehen mit, Gbagbo habe am Sonntag 59,36 Prozent der Stimmen erhalten. Der entmachtete Junta-Chef Guéi, der sich zunächst zum Wahlsieger erklärt hatte, habe dagegen nur 32,72 Prozent der Stimmen erhalten.

Ein ranghoher Vertreter der Ivoirischen Volksfront (FPI) Gbagbos bezeichnete die Proteste der Anhänger von Ouattaras

Partei Rassemblement des républicains (RDR) als unbegründet. Der Ausschluss Ouattaras von den Wahlen stehe im Einklang mit der Verfassung, sagte Boga Doudou.

Forderung nach Wiederholung der Wahl

Der frühere Ministerpräsident Ouattara war wie 13 weitere Kandidaten vom Obersten Gerichtshof von der Präsidentschaftswahl ausgeschlossen worden. Ouattara kritisierte die Wahl vom Sonntag im französischen Fernsehsender TV 5 als «illegal». Sie spiegelte nicht den Willen des Volkes wieder, da die wichtigsten Parteien des Landes ausgeschlossen worden seien.

Als neuen Wahltermin schlug er den 27. November vor. Für dieses Datum war ein möglicher zweiter Durchgang der

Präsidentschaftswahl vorgesehen. Auch die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) riet zu Neuwahlen in Côte d'Ivoire. Der OAU-Vorsitzende, der togolische Präsident Gnassingbé Eyadéma, habe sich nach einem Treffen mit dem deutschen Bundespräsidenten Johannes Rau in Berlin entsprechend geäußert, sagte eine Sprecherin Raus. Der französische Außenminister Hubert Védrine rief die politischen Führer der Côte d'Ivoire zur Verantwortung auf. Gbagbo solle Parlamentswahlen ansetzen, um den politischen Kräften, die von der Präsidentschaftswahl ausgeschlossen waren, ein Mitspracherecht einzuräumen, sagte Védrine. An Ouattara appellierte er, seine Forderungen zurückzuhalten, bis Parlamentswahlen stattgefunden hätten.

Am Mittwoch hatten in ganz Elfenbeinküste Hunderttausende gegen den offensichtlichen Wahlbetrug von Militärmachthaber Guéi demonstriert und den General damit von der Macht vertrieben. Sein Aufenthaltsort war am Donnerstag weiter unbekannt und Gegenstand zahlreicher Spekulationen.

Guéi war im Dezember vergangenen Jahres mit einem Putsch gegen den damaligen Präsidenten Henri Konan Bédié an die Macht gekommen.

25 000 Menschen feiern Hashim Thaci

Kommunalwahlen in Kosovo - Thaci in Pristina gefeiert

PRISTINA: Zwei Tage vor den Kommunalwahlen in der südserbischen Provinz Kosovo ist der Vorsitzende der Partei für den Demokratischen Fortschritt (PDK), Hashim Thaci, von 25 000 Menschen in Pristina begeistert gefeiert worden.

Zum Ende des Wahlkampfes begrüßte der ehemalige Kopf der offiziell aufgelösten Kosovo-Befreiungsarmee UCK am Donnerstag die «ersten freien und demokratischen Wahlen in unserer Geschichte». Thaci versprach eine enge Zusammenarbeit mit der NATO und der

UNO, die die Provinz seit dem Ende des Kosovo-Kriegs 1999 verwaltet. Scharfe Kritik übten PDK-Vertreter an Thacis Rivale. Der PDK-Kandidat, Fatmir Limaj, forderte die Wähler dazu auf, Rugova für seinen Versuch eines Friedensabkommens mit Slobodan Milosevic während des Kosovo-Kriegs einen Denkzettel zu verpassen. Die Bewohner des Kosovo sind am Samstag zur Kommunalwahl aufgefordert. Viele Mitglieder der albanischen Bevölkerungsmehrheit sehen in der von der UNO organisierten Wahl einen ersten Schritt in Richtung Unabhängigkeit.



Rund 25 000 begeisterte Menschen erwarteten die Ankunft von Hashim Thaci. (Bild: Keystone)

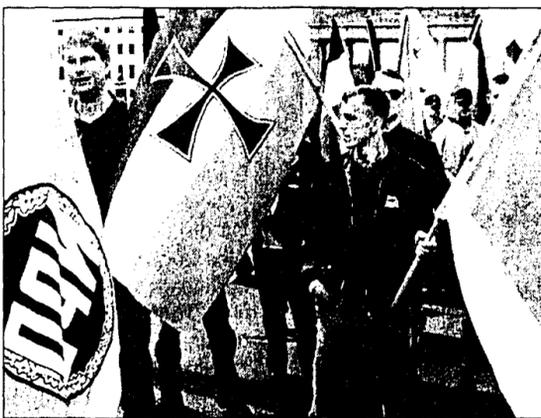
«Signal demokratischer Geschlossenheit»

Deutsche Innenminister für Antrag auf Verbot der NPD

DÜSSELDORF/SCHWERIN: Die Innenminister der deutschen Bundesländer haben sich am Donnerstag für einen Antrag auf ein Verbot der rechtsextremen NPD ausgesprochen.

Dieser solle beim Bundesverfassungsgericht gestellt werden, erklärten die Innenminister einstimmig in Düsseldorf. Die beiden CDU-geführten Bundesländer Hessen und Saarland enthielten sich der Stimme. Sie kündigten auch schon an, dass sie bei einer endgültigen Entscheidung im Bundesrat einen Verbotsantrag nicht mittragen werden. Einstimmigkeit ist dabei allerdings nicht notwendig.

Derweil zeichnete sich bei einer Konferenz der Ministerpräsidenten am Donnerstag in Schwerin ebenfalls eine Mehrheit für einen Verbotsantrag gegen die NPD beim Bundes-



Gestern stimmten sowohl die Ministerpräsidenten als auch die Innenminister einem Verbotsantrag der NPD beim Bundesverfassungsgericht zu. (Bild: Keystone)

verfassungsgericht ab. Die rot-grüne deutsche Regierung hat einen Verbotsantrag angekündigt. Sie will aber die Unterstützung des Bundesrates

und des Bundestages, um ein Signal demokratischer Geschlossenheit zu setzen. Ein Parteien-Verbot kann nach der deutschen Verfassung nur das

Bundesverfassungsgericht aussprechen. Es muss dafür die Verfassungswidrigkeit einer Partei feststellen. Zudem muss nachgewiesen sein, dass diese Partei ihre Ziele aggressiv-kämpferisch vertritt.

Beides ist nach Ansicht der Innenminister bei der NPD belegt. Trotz gewisser rechtlicher Risiken bei einem Verbotsverfahren sei der Antrag deshalb «vertretbar», sagte der Vorsitzende der Innenminister-Konferenz, der nordrhein-westfälische Minister Fritz Behrens.

Kein «Allheil-Mittel»

Er sei allerdings auch «kein Allheil-Mittel», sondern «nur eine flankierende Massnahme» im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Die Innenminister wiesen auf die «erschreckenden Straf- und Gewalttaten der letzten Monate» durch Rechtsextremisten hin. Diese machten

Vollwertiges Mitglied

BUKAREST: Jugoslawien ist gestern als vollwertiges Mitglied in den Balkan-Stabilitätspakt aufgenommen worden. Der EU-Balkankoordinator Bodo Hombach wertete die als ersten Schritt hin zur Wiedereingliederung Jugoslawiens in die internationale Gemeinschaft. Als Symbol für diese Annäherung überreichte Hombach einem Gesandten des jugoslawischen Präsidenten Kostunica einen Schlüssel. Der Stabilitätspakt stellt den Balkanländern finanzielle Mittel zur Verfügung unter der Bedingung, dass die demokratische Entwicklung in den Empfängerstaaten vorange-trieben wird.

ein «unvermissverständliches Zeichen» notwendig: «Die NPD als aggressivste der rechtsextremistisch geprägten Parteien fördert ein Klima, in dem solche Taten entstehen.» Mitglieder und Anhänger der NPD schreckten zur Durchsetzung ihrer Ziele auch vor Gewalt nicht zurück. Es werde mit der Neonazi- und Skinhead-Szene kooperiert. Die Innenminister hoben hervor, dass die NPD bei einem Verbot ihr Vermögen verliere. Auch habe sie keinen Anspruch mehr auf staatliche Finanzhilfe, die 1999 sogar 1,16 Millionen Mark ausgemacht habe. Bundesinnenminister Otto Schily begrüßte das Votum der Konferenz als klares Signal einer wehrhaften Demokratie. Er erwartet auch im Bundesrat eine breite Mehrheit. Der Staat müsse entschlossen von seinen repressiven Möglichkeiten Gebrauch machen.